

Es gab in den letzten Tagen drei interessante Artikel zum Ukraine-Krieg nach dem Trump sich auf Putins Seite geschlagen hat. Im folgenden findet ihr alle drei Beiträge, die sich mit der neuen Situation befassen:

1. Die chinesische Option
2. „Wir können nicht so tun, als lebten wir in Frieden“
3. Wie ein neuer Krieg in Europa noch zu verhindern ist

Szenario für die Nachkriegsukraine

### **Die chinesische Option**

Bis vor Kurzem war es noch eine Idee von Fantasten, doch inzwischen wird darüber ernsthaft diskutiert: Chinesische Truppen könnten einen Frieden in der Ukraine absichern. Was würde das für Europas Sicherheit bedeuten?

Von Georg Fahrion und Christoph Giesen, Peking

20.02.2025, 12.01 Uhr

Als Erster meldete sich Gabrielius Landsbergis zu Wort. »Wieder einmal verlasse ich die Münchner Sicherheitskonferenz mit schlechter Laune«, schrieb der Ex-Außenminister Litauens am Sonntagabend auf X. Das Treffen in München hatte den Europäern schmerzhaft vor Augen geführt, dass die Politik der Vereinigten Staaten sich radikal verändert und Europas Sicherheit wohl völlig neu gedacht werden muss.

Mit wenigen Worten entwarf Landsbergis ein Szenario für die Ukraine, das inzwischen immer eifriger diskutiert wird: Nach einem Ende der Kampfhandlungen könnte China Friedenstruppen in die Ukraine schicken. Soldaten der Volksbefreiungsarmee mitten in Europa. Vor Tagen noch klang diese Idee wie ein Hirngespinnst. Mittlerweile erscheint der Gedanke tatsächlich als eine Option.

Er habe immer befürchtet, dass China nach Wegen suche, um als ein Profiteur des Krieges in der Ukraine hervorzugehen, »und das ist beunruhigenderweise möglich. Wenn die USA und Europa der Ukraine keine Sicherheit bieten, könnte China in die Lücke stoßen«, schrieb Landsbergis.

Diesen Schachzug könne man als einen »Kissinger« bezeichnen, so Landsbergis, benannt nach dem legendären US-Außenpolitiker Henry Kissinger. Diesem gelang es, durch geschickte Diplomatie das Zerwürfnis zwischen den einstigen Bruderstaaten China und der Sowjetunion zu vertiefen. Spaltet nun die Volksrepublik Europa und die USA?

Zhou Bo, pensionierter Oberst der Volksbefreiungsarmee, sitzt in einem Pekinger Teehaus. Er ist gerade von der Sicherheitskonferenz zurückgekehrt – wie der Litauer Landsbergis. In den Gängen des Münchner Tagungsorts Bayerischer Hof hat Zhou den Vorschlag ventiliert, chinesische Friedenstruppen in die Ukraine zu entsenden.

Bevor er aus dem aktiven Dienst ausschied, war Zhou in der chinesischen Armee für Friedensmissionen zuständig. Er ist kein offizieller Sprecher der Regierung, die diese Woche abwogelte, sie halte den Ruf nach chinesischen Friedenstruppen in der Ukraine für »eine hypothetische Frage«. Doch Leute wie der Ex-Militär Zhou, der inzwischen als Senior Fellow an der

Pekinger Tsinghua-Universität die internationale Sicherheitspolitik analysiert, werden in China oft vorgeschickt, um Ideen zu testen.

Pekings politisches Risiko ist überschaubar

»Es ist gut für unser Image, wenn China zum Weltfrieden beitragen kann«, sagt er. Allein schon darin, dieses Bild in der Öffentlichkeit zu platzieren, liegt ein propagandistischer Wert – egal, ob die Vision jemals Realität wird. Zhou hält sie jedenfalls für machbar. Das politische Risiko eines solchen Einsatzes sei gering, denn Friedenstruppen würden ja definitionsgemäß nur dann losgeschickt, wenn beide Konfliktparteien sie einluden.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat unlängst anklingen lassen, dass China bei einer Friedenslösung eine Rolle spielen könnte. Auf der Gegenseite hat Russlands Außenminister Sergei Lawrow bereits die Alternative für »inakzeptabel« erklärt, nämlich, dass etwa Frankreich und Großbritannien Soldaten stellen könnten – das seien schließlich Nato-Staaten. Laut dem »Economist« diskutieren auch US-Offizielle die chinesische Option. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas erinnerte hingegen diese Woche daran, dass Peking »den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine maßgeblich unterstützt« habe.

Ein Einsatz chinesischer Soldaten in der Ukraine hätte politische Konsequenzen. »Falls es dazu kommt«, sagt Zhou, »wäre es das erste Mal, dass China in die Sicherheit Europas physisch involviert ist.« Peking könnte bei der Neuordnung der Nachkriegsukraine mitreden, womöglich auch auf die künftige europäische Sicherheitsarchitektur Einfluss nehmen.

»Ich wäre nicht überrascht, wenn Selenskyj in ein Flugzeug nach Peking steigt und ein sehr offenes und ehrliches Gespräch darüber führt, wie die Welt aussehen könnte.«

Gabrielius Landsbergis, ehemaliger litauischer Außenminister

Anruf bei Ex-Außenminister Landsbergis, der inzwischen wieder in der litauischen Hauptstadt Vilnius ist: Warum wird auf einmal ernsthaft über eine Rolle für China im Ukrainekrieg diskutiert?

»Ich habe Kyjiw nach Kriegsbeginn elfmal besucht. Die Ukraine ist so verzweifelt, dass sie sich an jeden Strohalm klammert, um zu überleben, notfalls auch an China«, sagt er. »Ich wäre nicht überrascht, wenn Selenskyj in ein Flugzeug nach Peking steigt und ein sehr offenes und ehrliches Gespräch darüber führt, wie die Welt aussehen könnte.« Mit chinesischen Soldaten, die in Europa den Frieden sichern.

»Einige mögen denken, dass dies im Moment die sicherste Option sei, das Gegenteil ist der Fall«, meint Landsbergis. »Was passiert etwa, wenn die chinesische Regierung auf einmal zu den Balten oder den Skandinaviern sagt: Wir halten für euch die Russen auf. Wenn ihr wollt, dass wir das weiterhin tun, müsst ihr gegen Zölle für Elektrofahrzeuge oder Solarmodule in Brüssel stimmen. Das Erpressungspotenzial wäre enorm.«

Auf einmal war Litauen aus der chinesischen Zolldatenbank verschwunden

Wie beinhart Peking verhandeln kann, hat Landsbergis selbst erlebt. Ende 2021, wenige Wochen vor dem Überfall der russischen Truppen in der Ukraine. Weil seine Regierung Taiwan erlaubt hatte, in Vilnius ein Messingschild mit den Worten »Vertretung Taiwans« an die Tür anzubringen, statt sich wie sonst weltweit üblich mit dem Wort »Taipeh« zufriedenzugeben, dem Namen von Taiwans Hauptstadt, stellte Peking den Frachtzugverkehr durch Litauen ein, dann zog es seinen Botschafter ab.

Doch damit nicht genug: Kurz vor Weihnachten 2021 konnten Lieferungen aus Litauen in China nicht mehr verzollt werden. Die Zollnummer 336, der Code für Litauen, war plötzlich nicht mehr im System

zu finden. Mit »Litaowan«, wie das baltische Land auf Chinesisch heißt, war kein Handel mehr möglich. Erst nach massivem Druck aus Brüssel und Washington wurde der angebliche Computerfehler behoben. »Das kann jederzeit wieder passieren«, warnt Landsbergis.

#### Pekings Rolle beim Wiederaufbau

Während eine Truppenentsendung im Moment nicht mehr als eine Idee ist, gilt ein anderer Aspekt in Peking als beinahe ausgemacht: Beim Wiederaufbau der ukrainischen Städte und Infrastruktur könnten Baufirmen aus der Volksrepublik führend dabei sein. Die nötige Erfahrung haben chinesische Unternehmen – und weil daheim eine Immobilienkrise schwelt und die Baubranche darniederliegt, sind auch reichlich Kapazitäten frei. Die Finanzierung hingegen müsste wohl der Westen stellen. Und so könnte es dazu kommen, dass mit europäischen Steuergeldern überschuldete chinesische Immobilienentwickler saniert werden.

Außenminister Wang Yi mit Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Münchner Sicherheitskonferenz:  
»Peking betreibt gerade eine Charmeoffensive«

Chinesische Gesprächspartner in Peking geben sich dieser Tage ostentativ zuversichtlich, dass die Dinge auf sie zulaufen. Wenn die Europäer Russland als Gegner betrachten und von den Vereinigten Staaten fallengelassen werden – an wen sollen sie sich schon wenden? Chinas oberster Außenpolitiker Wang Yi hat sich in München als ihr Fürsprecher inszeniert, indem er für Europa einen Platz am Verhandlungstisch forderte.

»Außenminister Wang hat sich in München ständig mit europäischen Staats- und Regierungschefs getroffen. Ich habe mit einigen von ihnen darüber gesprochen. Peking betreibt gerade eine Charmeoffensive«, sagt Landsbergis.

Wang Yiwei ist trotz beinahe gleichlautendem Namen mit Chinas Chefdiplomaten nicht verwandt, sondern Professor für Europastudien an der Volksuniversität in Peking. Dort empfängt er Gesprächspartner in der »Akademie der Xi Jinping-Gedanken zum Sozialismus mit chinesischen Merkmalen für eine neue Ära«, so steht es an der Wand. Wang ist der Vizepräsident der Akademie.

Professor für Europastudien Wang Yiwei: »Ohne vertiefte Integration kann Europa nicht unabhängig sein«

Früher arbeitete er als Diplomat an der chinesischen EU-Vertretung in Brüssel, er versteht sich als Freund Europas. Sein Ratschlag lautet: Die Europäische Union müsse sich reindustrialisieren, ein eigenes Google, ein eigenes Huawei aufbauen, auch militärisch aufrüsten; vor allem müsse die EU mit einer Stimme sprechen. »In Europa gibt es reichlich Vielfalt, aber wenig Einheit«, meint er. »Ohne vertiefte Integration kann Europa nicht unabhängig sein.«

Nicht zuletzt, so sieht es Wang, solle Europa seine Haltung zu China überdenken. »Die Amerikaner haben euch in die Irre geführt. Ihr nennt China einen systemischen Rivalen. Ihr behauptet: heute die Ukraine, morgen Taiwan. Russland habt ihr euch schon zum Feind gemacht, jetzt zeigt ihr mit dem Finger auf China und sagt, wir wären als Nächstes dran – welchem Zweck dient das?« Seinen vermeintlichen europäischen Freunden gibt er mit auf den Weg: »Macht euch weniger Länder zum Feind und findet mehr Freunde.« Zum Beispiel die Volksrepublik.

=====  
=====  
=====

<https://taz.de/Friedensforscherin/!6068227/>

Friedensforscherin

### **„Wir können nicht so tun, als lebten wir in Frieden“**

An höheren Militärausgaben führe kein Weg vorbei, sagt die Friedensforscherin Nicole Deitelhoff. Die Weltlage erfordere Einsparungen beim Klimaschutz.

21.2.2025

Interview von Cem-Odos Gueler und Tobias Schulze

Im Interview: Nicole Deitelhoff

50, ist seit 2016 Direktorin des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung und Professorin für Internationale Beziehungen an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

taz: Frau Deitelhoff, was sagen Sie als Friedensforscherin: Wie schlimm ist die Lage?

Nicole Deitelhoff: Wir haben eine US-amerikanische Regierung, die keinerlei Interesse an Europa hat und das deutlich in die Welt hinausposaunt. Das ist schlecht. Aber noch ist nichts passiert. Es gibt kein schriftliches Statement, in dem steht: Schluss mit der Nato und Schluss mit dem transatlantischen Bündnis. Die Lage ist also schlimm, aber es geht noch schlimmer.

taz: Im Ukraine-Krieg scheint es so, als ob die USA schon die Seiten gewechselt haben.

Deitelhoff: Es gab Gespräche zwischen den USA und Russland in Riad. Auch da ist nichts Belastbares herausgekommen, das eine neue Realität schafft. Das kann nur durch das Handeln der US-Regierung passieren. Sieht es da gut aus? Nein. Haben wir den Eindruck, dass sie die richtigen Positionen in diese Vorgespräche eingebracht hat? Nein. Doch wie gesagt: Noch ist nichts passiert oder vereinbart worden.

taz: Sehen Sie für Deutschland und Europa eine Chance, bei den Ukraine-Verhandlungen einen Fuß in die Tür zu bekommen?

Deitelhoff: Es gibt Handlungsspielraum. Man darf jetzt nicht panisch erstarrt über den Atlantik schauen. Europa muss seine eigenen Ziele formulieren, Strategien für die Umsetzung entwickeln und sie mit Ressourcen hinterlegen. Deutschland sitzt da momentan nicht gerade auf dem Fahrersitz. Aber unabhängig davon, wer in Europa die Führungsrolle übernimmt, müssen schnell Entscheidungen fallen. Manche davon liegen schon in der Luft.

taz: Worauf kommt es an?

Deitelhoff: Erstens müssen wir stärker in Rüstung investieren. Über die Aufhebung der EU-Defizitgrenzen kann man den Mitgliedstaaten den Spielraum einräumen, den es dafür braucht. Zweitens sind die Truppenstärken in fast allen Mitgliedstaaten zu niedrig und Einheiten nicht schnell genug einsatzfähig und verlegbar. Drittens braucht die Ukraine weitere Militär- und Finanzhilfen.

Wenn wir wollen, dass ihre Interessen gleichberechtigt mitverhandelt werden, muss sie sich im Krieg erst mal behaupten können. Und viertens: Egal wo jetzt gerade Parlamentswahlen stattfinden, muss Europa etwas in eine mögliche Verhandlungsmasse einbringen. Dazu gehören ernsthafte Sicherheitsgarantien.

taz: Sind Sicherheitsgarantien ohne ausländische Truppen vor Ort möglich?

Deitelhoff: Nein, das wird nicht gehen. Dazu ist die mögliche Waffenstillstandslinie zu lang und die Anreize sind zu groß, sie zu übertreten. Die Frage ist nur: Stehen die ukrainischen Streitkräfte an der Waffenstillstandslinie und die ausländischen Truppen stehen im Hinterland für den Fall einer Aggression bereit? Oder sind die ausländischen Truppen an vorderster Front nötig? Dann bräuchte es zwar weit weniger Soldat\*innen, aber das Eskalationspotenzial wäre ungleich höher, wenn sie aus Nato-Ländern kämen.

taz: Die nächste Bundesregierung muss also zwingend deutsche Soldat\*innen in die Ukraine schicken?

Deitelhoff: Noch mal: Es steht nichts fest. Diese Frage wird erst virulent, wenn es eine Waffenstillstandsvereinbarung gibt, der die Ukraine zustimmt. In dem Moment müssen die Europäer aber bereit sein, auch mit eigenen Soldatinnen und Soldaten dort reinzugehen. Das ist zumindest das Pfund, mit dem man wuchern kann, wenn man an den Verhandlungstisch will.

taz: Wie könnte der deutsche Beitrag zu so einer Mission aussehen?

Deitelhoff: Grundsätzlich hat Deutschland das gleiche Problem wie viele andere europäische Staaten: Wir haben keine Truppenkontingente, die wir von heute auf morgen in die Ukraine schicken könnten. Wir haben nirgends 20.000 Leute stehen, die nichts zu tun haben und innerhalb kürzester Zeit verlegungsfähig wären. Wir sind momentan dabei, eine Brigade für Litauen aufzustellen, und das ist schon eine enorme Anstrengung für eine über die Jahre stark reduzierte Bundeswehr. Sollten die USA tatsächlich entscheiden, ihre Truppen zum Beispiel an der Nordostflanke der Nato zurückzuziehen, wird das Problem noch größer. Dann müssten die europäischen Staaten eigentlich auch im Baltikum mit größeren Ressourcen reingehen, um Russland dort keine offene Tür zu hinterlassen.

taz: Laut einer Studie von Greenpeace ist Europa Russland bei Verteidigungsausgaben, den Truppenstärken und konventionellen Waffensystemen weit überlegen. Reicht das nicht?

Deitelhoff: So einfach ist es nicht. Ich bin Friedensforscherin, mein Interesse an einer Militarisierung unserer Gesellschaft ist gleich null. Aber man muss sich mit den Realitäten befassen. Wenn man sich die militärischen Fähigkeiten rein nach Ausgaben anguckt, dann stehen wir besser da als Russland. Tatsächlich haben wir aber das Problem, dass wir für das gleiche Geld nicht das Gleiche kriegen. Das liegt daran, dass die 27 EU-Staaten immer noch Rüstung nur für sich selbst beschaffen. Wir haben in jeder Kategorie von Rüstungsgütern unterschiedliche Modelle. Es sind außerdem bestimmte Fähigkeiten, die uns in Europa fehlen: Bei der Aufklärung, der Flugabwehr und bei Verlegekapazitäten haben wir große Lücken.

taz: Diesen Sonntag steht auch zur Wahl, die Verteidigungsausgaben beizubehalten, zu senken oder zu erhöhen. Was ist richtig?

Deitelhoff: Wir kommen gegenwärtig nicht umhin, mehr auszugeben. Punkt.

taz: Gleichzeitig haben wir eine zunehmend marode zivile Infrastruktur sowie große Finanzierungsbedarfe bei der Pflege und im Gesundheitsbereich.

Deitelhoff: Es ist fürchterlich, dass wir im 21. Jahrhundert so über Verteidigung und Aufrüstung nachdenken müssen. Doch noch mal: Die USA ziehen sich zurück, und eventuell müssen wir in der Ukraine eine Waffenstillstandsvereinbarung absichern. Die Frage ist, wie man das finanziert. Und da liegen zwei Optionen auf dem Tisch: mehr Kredite aufnehmen oder die Schuldenbremse einhalten und irgendwo im Haushalt umschichten.

taz: Und was sagen Sie?

Deitelhoff: Ich vermisse im Kontext der Wahlen eine Ehrlichkeit in der Debatte. Wir können nicht so tun, als würden wir in Frieden leben, alle unsere Wünsche erfüllen und dabei auch in Verteidigung in dem Maße investieren, wie wir das möchten. Wir müssen darüber reden, wo wir Abstriche machen können. Das wird dazu führen, dass anderes, das genauso wichtig ist – Bildung, Klimaschutz – zumindest verschoben werden muss. Man kann nicht alles über Schulden finanzieren, sondern muss auch Prioritäten setzen.

taz: Das klingt, als sollte Deutschland auf Kriegswirtschaft umstellen und alle anderen gesellschaftlichen Fragen hinter der Geopolitik anstellen.

Deitelhoff: Nein, um Gottes Willen. Solche Eindrücke entstehen schnell, wenn man diese Gespräche führt. Wir können natürlich keinen sozialen Kahlschlag betreiben. Aber es geht darum, Umschichtungen vorzunehmen und manche Dinge auf die längere Bank zu schieben. Das kann man nicht im Federstreich machen, sondern muss darüber ernsthaft miteinander ringen. Und ohne eine Reform der Schuldenbremse wird es nicht gehen.

taz: Aber dieser Streit wird doch sehr intensiv geführt. Der Unmut in der Bevölkerung wurde bei dem Thema etwa prominent durch das BSW und die AfD kanalisiert.

Deitelhoff: Wenn AfD und BSW angeben, für den Frieden einzustehen, dann meinen sie etwas anderes. Sie sprechen dann von Verhandlungen mit Russland und werben dafür, dass die Sanktionen aufgehoben werden, um die Wirtschaft in Deutschland zu stärken. Sorry, aber das ist kein Friedenskonzept.

taz: Würden Sie sagen, der Bundestagswahlkampf ist der globalen Lage gerecht geworden?

Deitelhoff: Nein, das ist er sicher nicht. Die Ukraine ist erst eine Woche vor der Wahl zum Thema geworden. Die Kampagnen waren angesichts der Lage, in der sich Europa und dieses Land befinden, nicht angemessen.

taz: Wir haben in diesem Gespräch sehr viel über Aufrüstung gesprochen. Was braucht es neben Waffen noch, um langfristig in Sicherheit zu leben?

Deitelhoff: Eine Lehre des Kalten Kriegs ist: Es funktioniert nicht, sich nur massiv aufzurüsten und den anderen dominieren zu wollen. Sonst kommt man schnell an den Punkt, wo es um alles oder nichts geht. Denken Sie an die Kubakrise. Wir müssen auch über Wege nachdenken, wie man aus dieser Nummer wieder herauskommt, wie man zumindest friedliche Koexistenz wieder gewährleisten könnte. Mit anderen Worten: Wir müssen jetzt schon darüber nachdenken, wie irgendwann eine neue Sicherheits- und Friedensarchitektur in Europa aussehen könnte.

=====  
=====  
=====

<https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-ein-sofortprogramm-gegen-die-ausweitung-des-krieges-a-98528458-9eb0-4584-8656-c02372b65bca>

Fünfpunkteplan

### **Wie ein neuer Krieg in Europa noch zu verhindern ist**

Ein Gastbeitrag von Claudia Major, Carlo Masala, Christian Mölling und Jana Puglierin

Europa und die Ukraine stehen am Abgrund. Ein Sofortprogramm muss her, das die USA entlastet, die Ukraine stärkt – und die Ausweitung des Krieges noch abwendet. So könnte es aussehen.

18.02.2025, 08.18 Uhr

Großmachtdenken, Verachtung für Allianzen und ein harter Kulturkampf – auf diese drei Begriffe kann man die neue Beziehung zwischen Europa und den USA nach den jüngsten Entwicklungen auf der Münchner Sicherheitskonferenz bringen.

Obwohl viele Details noch unklar sind, ist die allgemeine Richtung deutlich erkennbar: Die USA ziehen sich aus ihrer politischen und militärischen Führungsrolle zurück .

Zu den Autoren

Die Politikwissenschaftlerin Claudia Major, Jahrgang 1976, leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Im März 2025 wechselt sie als Senior Vice President für Transatlantische Sicherheit zum US-Thinktank German Marshall Fund.

Carlo Masala, Jahrgang 1968, ist Politikwissenschaftler und Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München.

Der Politikwissenschaftler Christian Mölling, Jahrgang 1973, ist Direktor des Programms »Europas Zukunft« der Bertelsmann Stiftung.

Jana Puglierin, Jahrgang 1978, ist Expertin für deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik am European Council on Foreign Relations (ECFR) und leitet sein Berliner Büro.

Washington hat über die Köpfe der Ukraine und der anderen Europäer Verhandlungen mit Russland lanciert – und damit alle vor vollendete Tatsachen gestellt. Die USA fordern zu Recht von den Europäern mehr Verteidigungsbeiträge und kündigen eine Refokussierung ihrer eigenen Politik in Richtung Asien an.

Inhaltlich haben die Aussagen kaum überrascht, aber ihr Ausmaß und ihre Schärfe doch . Die USA haben zwar (noch) nicht, wie befürchtet, angekündigt, ihre Truppen aus Europa abzuziehen. Aber ihr Vorgehen und Auftreten wirken nicht wie das eines Verbündeten. Europa muss nun versuchen, diese transatlantische Trennung selbst zu gestalten.

Mit den Entwicklungen der vergangenen Tage ist das Risiko eines weiteren Krieges in Europa gestiegen. In der Logik der Großmachtpolitik hat Trump Russlands Präsident Putin sofortige Verhandlungen angeboten, ohne vorherige Einbeziehung der Ukraine, als wäre es kein souveräner Staat mehr.

Fatale Botschaft an Russland

Noch bevor Verhandlungen beginnen, hat Trump zentrale russische Forderungen erfüllt : Verzicht auf Nato-Mitgliedschaft der Ukraine, eine De-facto-Anerkennung der russischen Annexionen, und die USA behandeln Moskau nicht mehr als Paria, sondern als Großmacht auf Augenhöhe. Für die Ukraine ist Washington kein Verbündeter mehr, sondern ein Vermittler, wenn nicht ein Gegenspieler. Die Botschaft an Russland ist: Angriffskrieg lohnt sich, wenn man nur lang genug durchhält. Die Botschaft an die Europäer ist: Ihr zählt nicht, bei den Verhandlungen über eure Sicherheit seid ihr nicht dabei. Es ist eine Demütigung.

Für ganz Europa wäre ein solcher russischer Siegfrieden gefährlich. Die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung weigert sich weiterhin, die russischen Bedingungen zu akzeptieren. Waffenstillstandsabkommen haben aber dann die größten Erfolgchancen, wenn sie unterstützt, tatsächlich umgesetzt und Verstöße sanktioniert werden.

Sollte die ukrainische Regierung gezwungen sein, ein Abkommen gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu unterzeichnen, würde sie dies politisch wohl nicht überleben. Abkommen ohne Unterstützung der Bevölkerung und ohne verlässliche Absicherung der freien Restukraine drohen im innenpolitischen Chaos zu enden und können Russlands Einfluss auf die »Restukraine« stärken.

Das Ende der souveränen Ukraine droht

Ohne sicheren Rahmen gibt es keinen Wiederaufbau, keine Investitionen, und ohne Sicherheit und Wohlstand drohen die demokratischen Prozesse unter Druck zu kommen. Angesichts der unsicheren Situation wäre mit einem demografischen und finanziellen Exodus zu rechnen. Derart geschwächt wäre die Ukraine ein einfacheres Ziel für einen nächsten russischen Angriff. Russland könnte seinen Krieg sogar unter nun besseren Bedingungen fortsetzen. Es könnte das Ende der souveränen Ukraine bedeuten, einen neuen Krieg in Europa und eine weitere Bestätigung für Moskau und andere, dass sich Krieg lohnt.

Russland hat nun sogar mehr Optionen: Es kann die Verhandlungen lediglich zum Schein aufnehmen, sie in die Länge ziehen und gleichzeitig den militärischen Druck auf die Ukraine aufrechterhalten, um das Land weiter zu zermürben. Diese Strategie könnte zudem die europäischen Gesellschaften spalten. Die Unterstützung für die Ukraine könnte schwinden, wenn solche taktischen Verhandlungen ein scheinbar greifbares Kriegsende vorgaukeln, das vermeintlich nicht durch Waffenlieferungen gefährdet werden sollte.

Die zweite Gefahr resultiert aus einer unzureichenden Absicherung des Kriegsendes. Solange Russland an seinen Zielen festhält, nämlich eine unabhängige ukrainische Identität zu zerstören und Europa in Einflussphären zu teilen, und die Mittel hat, vom Panzer bis zum Soldaten, diese Ziele militärisch zu verfolgen, so lange bleiben die Ukraine und der Rest Europas bedroht.

Der amerikanische Verteidigungsminister Pete Hegseth hat verdeutlicht, dass es keinen Nato-Beitritt und keine US-Truppen zur Absicherung der Ukraine geben wird, auch keine Nato-Truppen, und dass die Europäer allein dafür verantwortlich sind. Je nachdem, welches Absicherungsmodell die Europäer anwenden würden, wären zusätzlich zu starken ukrainischen Truppen bis zu 100.000/150.000 westliche Truppen für die Absicherung eines Waffenstillstands und die Abschreckung Russlands notwendig . Mit allem, was dazu gehört, von Aufklärung und Ausrüstung bis Flug- und Raketenabwehr und rotierenden Kräften.

Den Europäern fehlt es jedoch an Masse, Schlüsselfähigkeiten und politischer Bereitschaft, diese Aufgabe ohne US-Unterstützung zu übernehmen. Viele Europäer zögern, Einschnitte in ihrer eigenen Verteidigung in Kauf zu nehmen, um die Ukraine zu schützen (etwa, wenn sie Truppen an der Nato-Ostflanke reduzieren müssten, um sie in der Ukraine einzusetzen). Gleichzeitig könnte eine

unzureichende westliche Absicherung Russland verleiten, diese zu testen, die Ukraine doch noch zu erobern – und einen weiteren Krieg in Europa zu beginnen.

Wenn die Europäer den nächsten Krieg in Europa verhindern wollen, wenn sie am Tisch sitzen wollen, wenn Russland und die USA über die Zukunft Europas verhandeln, dann müssen sie schnell ein Konzept vorlegen, das Moskau und Washington beeindruckt. Statt die nächste »Stunde Europas« oder »Weckrufe« zu beschwören, sollten sie sofort ein Aktionsprogramm mit klarem Zeitplan verabschieden. Ziel ist die Stärkung der Ukraine, Verbesserung der eigenen Verteidigungsfähigkeit und Erhöhung der Abschreckung gegenüber Russland. Es sollte fünf Punkte umfassen:

Erstens: Stärkung der Ukraine, um sie in der aktuellen dramatischen Lage zu befähigen, sich so gut wie möglich zu verteidigen und für sie inakzeptable Vorschläge abzuwehren. Auch wenn die Europäer die amerikanische Unterstützung nicht vollständig kompensieren können, hätten sie noch einiges im Köcher: Sie könnten weitere Sanktionen erlassen, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte komplett nutzen, dadurch in diesem Jahr 40 Milliarden Euro für die Ukraine bereitstellen und für die Zukunft 0,25 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Ukraine zu investieren. Politisch sollten die Europäer gemeinsam das Ziel einer unabhängigen Ukraine unterstreichen, die souverän über ein Kriegsende entscheidet.

Zweitens: Definition der Grundzüge eines Waffenstillstands. Dazu gehört der Verlauf einer Waffenstillstandslinie, einer demilitarisierten Zone und mögliche regionale Streitkräftebegrenzungen, die alle die Größe und das Risiko für europäische Beiträge zur Absicherung beeinflussen. Mit einem überzeugenden europäischen militärischen Paket könnten die Europäer die USA glaubwürdiger um kritische Beiträge wie Aufklärung bitten. Gleichzeitig müssen die Europäer sich auf umfassendere russische Forderungen zu Europas Sicherheitsordnung in Verhandlungen vorbereiten und festlegen, was für sie nicht verhandelbar ist. Forderungen, die Zahl weitreichender Waffensysteme, konventionelle und nukleare Übungen der Nato, oder die Weiterentwicklung der NATO-Abschreckung zu beschränken, sollten sie entgegentreten. Sie brauchen gleichzeitig ein Gesamtkonzept, das die Ukraine absichert, den Status der russischen besetzten Gebiete behandelt, Reparationen, Gefangenenaustausche etc. verbindet.

Drittens sollten die Europäer diese transatlantische Zeitenwende in greifbare Verteidigungsfähigkeit umsetzen. Eine Selbstverpflichtung auf 3 Prozent oder mehr wäre ein klares Zeichen an Russland, USA und die eigene Öffentlichkeit, dass Verteidigung Priorität hat. Für Deutschland hieße das, eine langfristig verlässliche und ausreichende Finanzierung zu gewährleisten und die Finanzierungsquellen zu benennen. Auf europäischer Ebene könnte die EU-Kommission die nationalen Bestrebungen über eine Ausweichklausel unterstützen, die (wie in der Pandemie) erlaubt, von den Obergrenzen für Schulden und Defizite abzuweichen. Weitere Finanzierungsmechanismen unter Einbeziehung von Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien und der Türkei sollten vorbereitet werden.

Viertens: Ein Transformationsplan für Europas Verteidigung. Die Europäer müssen einen Plan mit den USA verhandeln, in welcher Zeit sie die konventionelle Verteidigungsfähigkeit Europas übernehmen und damit den schrittweisen Abzug von US-Truppen ermöglichen, ohne größere Risiken einzugehen. Ein besonderes Problem wird dabei die nukleare Komponente der Abschreckung, die in Europa nur die USA garantieren.

Fünftens: All das kann nur glaubhaft entschieden werden, wenn klar ist, wie die Führungsrolle der USA nun durch die Europäer ausgefüllt wird. Die Staaten, EU und Nato brauchen also eine stabile Absprache, wer legitim und dauerhaft in welchen Bereichen führt und damit auch über Ziele und über den Einsatz von Militär entscheidet.

Die Zeit drängt, die Lage ist gefährlich. Es reicht nicht mehr aus, sich in entschlossen klingenden Worthülsen zu erschöpfen. Europa und die Ukraine stehen am Abgrund.

---

Jürgen Klute

(+32) 0478 11 56 76

(+49) 0179 923 7253

Threema-ID:

<https://threema.id/SZR5B3NB>

[mailbox@juergen-klute.eu](mailto:mailbox@juergen-klute.eu)

[www.europa.blog](http://www.europa.blog)

---